



# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 43.

Dienstag, 20. Februar 1923.

30. Jahrgang.

## Brot und Arbeit für's Ruhrgebiet!

(Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

Dortmund, 19. Februar.

Mehr als fünf Wochen stehen die französisch-belgischen Truppen jetzt im Ruhrgebiet. Ihre Führung hat versucht, mit Francs, mit Weißbrot und später mit erbärmlichen Gewalttaten die Bevölkerung für fremde Dienste willig zu machen. Und der Erfolg? Das Zuckerbrot hat ebensowenig geholfen wie die Reittreitische. Das ist das Bewundernswerte an der Ruhrbesetzung, daß sie trotz der fünf Wochen Abwehrkampf, die manches seelische Opfer forderten, auch heute noch die notwendige moralische Widerstandskraft besitzt und vor allem zeigt. Gewiß scheint jedermann, und insbesondere tun das unsere Gewerkschaftsführer, ein baldiges Ende dieser Zeit herbei. Aber die Arbeiterschaft und ihre Führer sind sich auch einig darin, daß dieses Ende unter ungünstigen Umständen herbeigeführt werden muß.

Die Reichsregierung kann vieles dazu beitragen, daß diese allgemeine Auffassung auch in Zukunft bestehen bleibt. Unsere Arbeiterschaft weiß, daß das gegenwärtige Kabinett Verhandlungen nicht von einer vorherigen Entsehung der Ruhr abhängig macht; sie wünscht aber, daß diese Auffassung einmal klar und deutlich zum Ausdruck kommt und jede auch nur geringste Verhandlungsmöglichkeit ausgenutzt wird. Vor allem aber verlangen die Gewerkschaften mit Recht, daß dem Wucher schnellstens Einhalt geboten wird und das angekündigte Wuchergericht in Dortmund bald in Tätigkeit tritt. Die Einrichtung von Lebensmittelagern an der Grenze des besetzten Gebietes, insbesondere die Schaffung großer Zettlager in Gütersloh und Rheda, findet Anerkennung. Darüber hinaus bleibt aber schnell zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, solange eine Zufuhr möglich bleibt, bei den Bergwerken und großen Hüttenwerken Nahrungsmittel aufzutapeln, die von Zeit zu Zeit gegen Bezahlung an die Arbeiter jederzeit verkauft werden. Die Möglichkeit der Ausdehnung der zum Teil schon bestehenden Kantinen zum rationierten Lebensmittelverkauf scheint uns auch der Erörterung wert. Auch für Arbeitsmöglichkeiten muß gesorgt werden. Es dürfte kein Geheimnis sein, daß große ausländische Firmen infolge des Einbruchs in das Ruhrrevier einen wesentlichen Teil der vor dem gegebenen Aufträge zurückgezogen haben, so daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen ist. Da Kohlen und Rohmaterialien vorläufig noch genügend vorhanden sein sollen, scheint es angebracht, den sonst beschäftigungslosen Firmen Staatsaufträge zu geben. Form und Art dieser Aufträge hier zu erörtern ist wenig zweckmäßig und muß den zuständigen Instanzen überlassen bleiben. Ebenso bedarf das soziale Problem der Widmung von Montag in Recklinghausen und Oberhausen ein großer Teil der Eisenbahnerwohnungen von den Franzosen gewaltsam geräumt worden, um für französisches Eisenbahnerpersonal Platz zu schaffen. Für die so drangalierten deutschen Frauen und Kinder sind zum Teil in Dornhausen und anderen Städten des unbesetzten Gebietes Wohnungen zur Verfügung gestellt. Wir erwarten, daß auch weiterhin Vorkehrungen getroffen werden, um diesen Opfern französischer Willkür die seelische Last zu erleichtern.

Die Verkehrsverhältnisse, die für eine ausreichende Lebensmittelversorgung bestimmend sind, können weiterhin nicht anders als schlecht bezeichnet werden. Es ist anzuerkennen, daß sich die Eisenbahndirektionen die größte Mühe geben, den Verkehr einigermaßen regelmäßig zu gestalten. Fortgesetzte Eingriffe der Franzosen, die hierin eine Hauptrolle spielen, machen das jedoch unmöglich. Neuerdings hat die Besetzung die Kontrollstation Scharnhorst verstärkt. Die Franzosen haben von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr jeden Güterzugverkehr auf der Strecke Oberberg-Scharnhorst verboten. Die Transportzüge müssen sämtlich den Personenbahnhof Scharnhorst passieren, wo sie kontrolliert werden. Das bedeutet eine äußerste Erschwerung der Verkehrsverhältnisse. Auch Lebensmittelzüge müssen sich eine endlose Kontrolle gefallen lassen. Zum Teil werden sie ausgeraubt, zum Teil auch tagelang angehalten. Heute hatten wir Gelegenheit, einen derartigen Zug zu beobachten. Am Ende und Anfang je ein Posten, die sich an einem Feldfeuer Fische und Hände wärmten. Die Wachsoldaten in Scharnhorst selbst sind zum großen Teil in Gepäckwagen untergebracht. Bei Personenzügen wird der Gepäckwagen untersucht.

Die Besetzung des Bahnhofes Weimar ergibt, verkehrstechnisch gesehen, keine Schwierigkeiten. Wesentlicher ist die Inbetriebnahme des Bahnhofes Herzog-Dorsten durch die Belgier. Herzog-Dorsten, auf dem bisher unbesetzten anderen Ufer der Lippe, ist Kreuzungspunkt und Uebergangsstation für den Verkehr von Münster nach Wesel. Bisher sind Eingriffe der Belgier in den Verkehr nicht erfolgt. Da Herzog-Dorsten jedoch nur verkehrstechnisch Bedeutung hat, bleibt anzunehmen, daß die Stadt nur des Bahnhofes wegen besetzt wurde und daß die Belgier aus ihren Besetzungsmassnahmen auch bald die Konsequenzen ziehen. Heute nachmittag sind die Bahnhöfe Kiemke, Präsident und Bochum-Nord erneut besetzt worden. Es scheint, daß die Franzosen als dritte Streife die Linie Düsseldorf-Essen-Nord-Bochum-Nord-Dortmund militarisieren wollen. Viel Freude haben sie mit ihren Spielereien an deutschen Eisenbahnen nicht. Ein Unglück folgt dem andern. Die Leidtragenden sind die französischen Soldaten, auch hier. Am Sonntag ist das 150. französische Infanterie-Regiment wegen Meuterei vom dem 170. Regiment abgelöst worden. Teile des neuen Regiments hauptsächlich zur Wehrung eingezogene Reitertruppen, haben ebenfalls bald den Dienst verweigert. Kein Wunder! Während die Herren Offiziere kühnlichen, die großen

Herren spielen, die Reittreitische spazieren führen und in guten Quartieren untergebracht sind, muß der einfache Soldat in der Kälte Tag und Nacht Wache stehen für nichts und wieder nichts und muß sich mit einfacher Kost und einfachem Quartier begnügen. Das erzählt die französische Presse ihren Lesern nicht!

SPD. Geisenkirchen, 19. Februar.

Die Franzosen haben das Stadinnere von Geisenkirchen bis heute nachmittag nicht geräumt. Post, Telegraph und Eisenbahn sind besetzt. Ein Durchgangsverkehr ist möglich, jedoch fahren Züge nicht ab. Für das Innere des Stadtgebietes ist der Verkehr von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr verboten.

Nach amtlichen Feststellungen sind den Franzosen am Samstag und Sonntag durch Beschlagnahme etwa 90 Millionen Mark in die Hände gefallen, darunter ein Teil der Ruhrhilfe und von dieser wieder ein Teil in ausländischen Devisen, zum Teil gestifteten Franken, Dollars und Kronen. Durch Straßenraub ist ihnen, soweit bisher festgestellt werden konnte, die Summe von 1 700 000 Mark in die Hände gefallen.

In Dorsfen wurden heute nachmittag von der französischen Besatzung für eine Million Mark Hausgerät beschlagnahmt. Das Gerät soll zur Einrichtung eines Casinos dienen.

### Ausweitung des Düsseldorf Oberbürgermeisters.

Düsseldorf, 20. Februar.

Der Oberbürgermeister Köttgen ist verhaftet und ausgewiesen worden, weil er sich geweigert hatte, eine Bekanntmachung der Besatzungsbehörde an die Zeitungen weiterzugeben. Er ist nach Weisel abgebracht worden. Die Vorstände der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sollten folgende Entschlüsse, die dem General Deaunte zugestimmt werden soll: Die Annahme des Regierungspräsidenten Grüner und die Verhaftung des Oberbürgermeisters Köttgen hat im Stadt- und Landbezirk Düsseldorf eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Vorstände der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden ließen einmütig und eindringlich Verwahrung ein. Die Verhaftungen und Ausweisungen mehrten sich. Dem gegenüber erklären wir:

„Nichts kann deutsche Beamten mankend machen an der Treue zum Deutschen Reich und deutschen Volk!“

### Zwei Verordnungen Dequottes.

Essen, 20. Februar.

Den hiesigen Behörden sind zwei Verordnungen des Generals Dequotte zugegangen. Die eine verbot allen, die landesverräterische Denke tun, des französischen Schutzes. Nach der anderen wird die Einführung von Schmelzmetallen, Stahlbarren, Zohlen, gemalzten und Stahlblechen, Phosphorsäuren, Erzen, weißen Emaltröhren, Metallkonstruktionen, Maschinen oder Maschinenteilen, Handwerkszeug, elektrischen Zubehörteilen und Fortschiffen verboten. In dieser Verordnung heißt es ausdrücklich, die Lebensmittelausfuhr wird bis auf weiteres bestehen bleiben.

### Bahnlinie Neuss-Düren von den Engländern geräumt.

U. Amsterdam, 20. Februar.

Aus London wird gemeldet: Der britische Generalleutnant Sir Charles Godley, der Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen, ist von der britischen Regierung angewiesen worden, Montag nachmittag 1 Uhr die von der britischen Regierung bestimmte Eisenbahnlinie durch die britische Zone für den Kohlentransport nach Frankreich frei zu geben. Diese Verfügung soll sich für alle Teile des Eisenbahnnetzes nach Gremendbroich-Düren erstrecken, die an der äußersten Nordwestgrenze der britischen Zone liegen.

### Meuternde französische Truppen.

Essen, 20. Februar.

Teile des französischen Infanterie-Regiments Nr. 115, das in Weiden an der Ruhr untergebracht worden war, meuterte. Infolgedessen ist das ganze Regiment abtransportiert worden. An seine Stelle kam das Infanterie-Regiment Nr. 117 nach Weiden. Von diesem Regiment hat aber auch schon ein Teil den Gehorjam verweigert.

### Polnisch-litauisches Gefecht bei Poranny.

Paris, 19. Februar.

Die regulären polnischen Truppen sind, nachdem sie die zentrale Zone in der Gegend von Poranny besetzt haben, in das litauische Gebiet eingedrungen und haben die litauischen Truppen angegriffen. Die Toten zählen bereits nach Dutzenden und die Verwundeten nach Hunderten. Die litauische Regierung hat an den Völkerrundrat ein Telegramm gerichtet, in welchem sie die Tatjahren darstellt und ihn auffordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um einer etwaigen Ausdehnung dieses Konfliktes vorzubeugen.

Dollar 23000.

## Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 20. Februar.

Vor einigen Tagen schrieben wir einen scharfen Artikel gegen diejenigen Kreise, die ständig das Wort Einheitsfront im Munde führen, dabei aber jede Gelegenheit zu schamlosester Auswucherung des Volkes gierig benutzen.

Ob dieses Artikels wurden wir viel angefeindet; ja es gibt sogar ein Blatt hier in Lübeck — dem Mittelstand will es dienen — das so ein bißchen mit dem Worte Landesverrat spielte — nach alten und verstaubten Mustern aus der Kaiserzeit.

Mit grimmigem Humor lasen wir gestern in diesem selben Blatt einen für wohlgezogene Mittelständler reichlich erregten Aufsatz gegen die Feuerung. Vorsichtig umhertastend fragt der erhobte Schreiberzmann, ob das wirklich „ein einzig Volk von Brüdern sei“, und ob unsere Kühe und Schweine Dollarnoten fressen?

Das ist also Mittelstandspolitik! Wenn der nationalstische Sturm braust, so braust man mit. Ist er etwas verzäuscht, und es zeigen sich „patriotische“ Freise, so schimpft man über den „patriotischen“ Wucher. Zur Zeit der Zwangswirtschaft schimpfte man über die Zwangswirtschaft; und bei freier Wirtschaft ist man enttäuscht über die „freie Preisbildung“. Genau wie der Bierphiltler, der von keinem Stammstisch aus im Sinne Bismarcks das unreife Volk regiert — und dabei sich für das erste und letzte Licht der Weltgeschichte hält.

In anderer Stelle berichten wir heute über eine Entschließung des Reichslandbundes. Er ist bereit, mehrere hunderttausend Ruhrkinder bei seinen Mitgliedern unterzubringen. Wenn man ihm als Kostgeld dafür die Aufhebung der letzten Reste der Zwangswirtschaft verspricht; wenn man ihm zum Dank für sein ungelagertes Getreide den sechsfachen Betrag bezahlt. Das heißt, er will seinen Patriotismus gewissermaßen „bestens“ verhöfeln; für eine Mark patriotischer Ausgabe zehn Mark patriotische Einnahme haben. Auch das ist Mittelstandspolitik.

Unsere Artikel über die neueste Stützungsaktion der Reichsbank haben uns mehrere Zuschriften gebracht. Darunter eine längere von offenbar sehr sachverständiger Seite. Darin wird die Meinung vertreten, daß die Großindustrie seit langem große Mengen Devisen gehamstert habe, und daß diese Devisen nun massenhaft auf den Markt geworfen würden, um die „genehmen Männer“ Cuno und Beder zu unterstützen. Weniger die Devisenbestände der Reichsbank hätten also den Umschwung herbeigeführt, als die Reserven der Industrie.

Die Entwicklung der letzten Tage hat gezeigt, daß diese Auffassung nicht richtig ist. Sicher hat die Reichsbank den Anstoß gegeben; das Haus Mendelssohn hat die Aktion dann im großen durchgeführt. Allerdings hat die Großindustrie die Aktion dadurch unterstützt, daß sie ihre Devisenbestände im großen abstieß. Aus mehreren Gründen. Sie brauchte Geld; denn die Ausgaben wuchsen und Erweiterung der Devisenkredite wurde von den Banken verweigert. Dazu kam die Aussicht auf glänzende Spekulationsgewinne: man verkaufte den Dollar zu 30—40 000, und man kaufte ihn wieder zu 18—20 000 Mark.

Diese Spekulation ist in großartiger Weise geglückt. Aber wie sie für das Volksganze ausschlägt, muß erst die Zukunft lehren. Man darf nicht vergessen, daß seit der Ruhrblockade die deutsche Ein- und Ausfuhr fast völlig still liegt. Daß infolgedessen der Devisenhandel nach dem ersten Abtanz völlig ruhig ist. Riesengroß aber ist die Gefahr, daß neue Markverkaufte zur Devisenbeschaffung sozulagen im letzten Raum verschwinden werden. Denn große Devisenbestände sind im Auslande verschwunden. Was den einen Erfolg wenigstens hat, daß sich die im Auslande umlaufenden Marktmengen bedeutend vermindert haben.

Wie die Entwicklung auch gehen mag, eins ist unbedingt zu verlangen. Auf halbem Wege darf die Regierung nicht stehen bleiben; sie muß alles daran setzen, um den Dollar wenigstens vorläufig festzuhalten. Eine neue Waffe und eine neue Preissteigerung wäre jetzt die Katastrophe. Der Warenmarkt käme in eine Verwirrung ohne gleichen; die Preisbildung würde wieder ohne Sinn und Verstand die tollsten Kurven einschlagen.

Die Preisbildung! Auch darüber sind uns Zuschriften zugegangen. Was voraussehen war, wird darin bestätigt. Die kleinen Händler kommen in die größten Schwierigkeiten. Sie werden voraussichtlich auf den teuer gekauften Waren sitzen bleiben und mit ungeheuren Verlusten rechnen müssen. Und bei einem neuen Preisaufschlag wird ihnen das Kapital fehlen.

Bisher hat der kleine Handel von einem Preisabbau nämlich nichts gemerkt. Die Großhandelspreise sind vom 3. bis 13. Februar noch um 7,5 Prozent gestiegen. Und erst nach dem 13. Februar begann eine Senkung, die zurzeit etwa 15 Prozent (im Durchschnitt) beträgt. Zu diesen neuen

Preisen liefert der Großhandel aber einwilligen nicht. Er wartet ab; denn er braucht ja kein Geld — seine riesigen Dividenden haben ihn lungenkräftig gemacht.

Der Kleinhandel bekommt jetzt die Quittung dafür, daß er mit dem Großhandel und der Industrie durch die und dünn ging. Bestehen durch die Scheingewinne der letzten Jahre! Mit dem ewig sinkenden und wechselläufigen Markkurs verdient nur der Spekulant und der Großhändler, der Devisen in Reserve hat. Der Kleinhändler und der Konsument aber gehen allmählich zu Grunde. Der erste an Kapitalschwund; der andere an körperlicher Entkräftung. Dem Händler geht es also immer noch bedeutend besser als dem Proletariat. Aber man merke auf: unter den heutigen Verhältnissen ist der Weg vom Kleinhändler zum Proletariat nicht mehr weit.

Nur einen Ausweg gibt's: Mit rücksichtslosen Maßnahmen Dribbeln in den Geldmarkt bringen. Damit der Proletariat sich wieder das Existenzminimum erkämpfen kann.

So wie bisher geht es jedenfalls nicht weiter! Die Regierungen im Reich und in den Ländern schlafen — auch im sozialdemokratischen Lübeck — derweil das Volk verhungert und verelendet, und derweil eine wenige riesenhafte Gewinne machen, das Volksermögen aber mehr als das hundertfache dieser Gewinne an das Ausland einbüßt.

Nach einige Jahre diese Wirtschaft, und Deutschland ist bis auf den letzten Pfennig dem fremden Kapital ausgeliefert. Das aber können wir nie und nimmer dulden!

## Voraussetzung einer englischen Vermittlung.

London, 19. Februar.

Mehrere der heutigen Morgenblätter enthalten eine inhaltlich übereinstimmende politische Information, die man als wahrheitlich aus der Downingstreet herrührend bezeichnen darf. In der erwähnten Information der Morgenblätter wird gesagt, England mißbilligt die französische Ruhr-Aktion durchaus und betrachtet die Politik Frankreichs als gefährlich für den Weltfrieden. Über trotz der Mißbilligung und trotz dieser Erkenntnis sei England noch immer der Verbündete Frankreichs. Was nun die Frage einer englischen Vermittlung betreffe, die Deutschland gegenüber erwarte, so möchte man sich freuen, daß es möglich wäre, sich mit Deutschland in diplomatischen Zielen auszubringen.

Eine solche Vermittlung könnte unter folgenden Voraussetzungen in Erwägung gezogen werden: Es müßte in einer Beschlusse des Reichstages in der Form einer Resolution eine von der Vollstreckung garantierte Erklärung abgegeben werden, in welchem Maße Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen freiwillig nachzukommen gedauere. Die Industriellen müßten durch ihre Abgeordneten dem Reichstag ebenfalls offen erklären lassen, daß sie bereit sind, an diesen Reparationsverpflichtungen ihren vollen Anteil zu übernehmen. Diese Entschließung des Reichstages müßte mit jeder Freiheit angenommen werden, daß keine der führenden politischen Parteien sich von der Zustimmung abhalten, damit nicht die Gefahr bestehe, die Entschließung selbst durch eine heftige Opposition zu zerbrechen.

## Unterhaus und Ruhrbesetzung.

Eine Rede Lloyd Georges.

London, 19. Februar.

Der Premierminister antwortete in der gestrigen Fortsetzung der Unterhausdebatte auf verschiedene Anfragen. Die englische Regierung habe verlässliche Beziehungen mit der französischen Regierung (De Broque) als feststehend. Er halte es aber für inopportun, sich an eine Erklärung darüber abzugeben. Die Debatte über die Ruhr wurde sodann durch Frick, das führende Konservativmitglied fortgesetzt, der den gemeinsamen liberalen Antrag vorbrachte, daß die Reparationsfrage dem Völkerbund unterbreitet werden soll. Auch die amerikanische Regierung soll dazu eingeladen werden. Der Redner betonte, wenn auch die Mehrheit der englischen Delegation nicht wünsche, sich an dem Ruhrbesatz der französischen Regierung zu beteiligen, so sei es jedoch notwendig, die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern nicht abzuschnüren. Man fürchte aber in England, daß von Deutschland gleich eine Summe verlangt werde, die zu zahlen es nicht vermöge. Er wolle man dieses Dilemma dazu ausnutzen, die Lösung auf unbestimmte Dauer auszuschieben.

In die Rede trat Lord Robert Cecil. Er behauptete, daß auch die vorläufigen Ergebnisse der Aktion abgemessen werden müßten, die das Parlament bestimmte Entschlüsse fallen lassen. Eine der Hauptfragen wüßte Frankreich und England nicht zu lösen, das europäische Problem endgültig gelöst werden.

Lord Lloyd George, der die Rede fortführte, sagte, daß die englische Regierung kein Interesse daran habe, die Reparationsfrage dem Völkerbund zu übergeben. Die Reparationsfrage sei eine Angelegenheit, die zwischen den beiden Ländern zu entscheiden sei. Er wolle man die Reparationsfrage dem Völkerbund übergeben, aber nicht die Reparationsfrage selbst. Er wolle man die Reparationsfrage dem Völkerbund übergeben, aber nicht die Reparationsfrage selbst. Er wolle man die Reparationsfrage dem Völkerbund übergeben, aber nicht die Reparationsfrage selbst.

## Rachin

Die Drogenpreise der Ruhrgebiete, die Rachin, ist, wie man sich denken kann, ein Gegenstand der großen Sorge der Regierung. Die Drogenpreise sind in den letzten Monaten stark gestiegen. Die Regierung hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Drogenpreise zu senken. Die Regierung hat beschlossen, die Drogenpreise zu kontrollieren. Die Regierung hat beschlossen, die Drogenpreise zu kontrollieren. Die Regierung hat beschlossen, die Drogenpreise zu kontrollieren.

ung trat auch er aus der Regierung aus und übernahm erst beim letzten Kabinetswechsel wieder das Finanzministerium. Unter den für das Schicksal der französischen Finanzen ausschlaggebenden Werken des Finanzministers seien die Notenabstemplung vom Oktober 1918, bei der durch die Zurückhaltung des halben Betrages gegen minimale Verzinsung eine gewaltige Vermögensabgabe durchgeführt wurde, die Stabilisierung der französischen Krone, die Stilllegung der Rentenpresse und der Geleitsabbau der Staatsanleihe genannt. Das Staatsbegünstigt des Jahres bestimmt, daß an seinem Erbe ein Mitglied des revolutionären Ausschusses, ferner der Ministerpräsident Weismann, Finanzminister Fland am Mittwoch statt. In seinem Testament Minister Straßmann und Senator Souffier sprechen. Als Nachfolger Rachins wird der Präsident des Bankamts, Roward, genannt.

## Monarchistischer Arbeitermord.

Am Sonnabend abend wurde in einem Wiener Vorortsaalhaus, in dem auch Arbeitervereine verkehren, eine neue Monarchistenpartei gegründet. Schon während der Verlesung machten ihre Teilnehmer drohende Andeutungen, wenn sie draußen andere Gäste des Lokals trafen. Als nach Schluß der Versammlung — um 9 Uhr — einige Monarchisten zur Straßenbahn gingen, nahmen sie des Gejächs einiger hinter ihnen gehenden Arbeiterposten zum Anlaß, sie mit Knütteln zu bearbeiten. Daraufhin trafen andere Genossen, die schon auf der Straßenbahn standen, ab. In diesem Augenblick schoß einer der Monarchisten und traf einen 24jährigen verheirateten besonnenen Genossen tödlich. Durch andere Schüsse der Monarchisten wurden noch zwei Genossen verwundet, sie liegen im Krankenhaus.

Die Mordtaten sind mit der Straßenbahn davon gefahren, aber abgeprügelt und entwischt, ehe ein zweiter Wagen mit Polizei herankam.

Um Mitternacht waren zehn Personen verhaftet, und die Polizei hofft, sämtliche Teilnehmer jener Versammlung ausfindig zu machen.

Nach der Wiener „Morgenzeitung“ haben an den Wiener Behörden Luthendörffs auch Führer der österreichischen Monarchisten teilgenommen. Luthendörff will ja bekanntlich auch die Schwarzgelben in keine „Antimilitaristenfront“ einbeziehen.

Nach einer Wiener U-Meldung herrscht unter der Arbeitererschaft ungeheure Erregung, welche gestern in einem Demonstrationsszug ihren Ausdruck fand. Allgemein wurde Sühne für den Mord verlangt.

## Volksabstimmung in der Schweiz.

Paris, 19. Februar.

Die gestrige Volksabstimmung in der Schweiz, die zur Ablehnung des französisch-schweizerischen Abkommens über die Aufhebung der sogenannten Freizone im Grenzverkehr zwischen den beiden Ländern führte, wird in der ganzen Schweiz als ein Sieg der deutschfreundlichen über die französisch-tendenzen aufgefaßt. Die Ablehnung erfolgte in den deutschen Kantonen mit einer erdrückenden Stimmenmehrheit, und sie gewann selbst in Genf infolge des Überwiegens der Sozialisten eine kleine Majorität. Die Schweizer Presse und mehrere bekannte Schweizer Politiker haben gestern offen erklärt, daß für diese Abstimmung nicht nur das genannte Abkommen maßgebend war, was man im Volke überhaupt gar nicht richtig kennt, sondern die allgemeine Politik Frankreichs und namentlich der Ruhrkampf, gegen den die Schweizer Bevölkerung auf diese Weise protestieren wollte. Dem praktischen Erfolge nach wird das Ergebnis der Abstimmung, wie die Zeitung „Die Schweiz“ auseinandersetzt, einen für beide Länder heftigen Vertragslosen Zustand bringen.

## Man macht Bilanz.

Unter Brüsseler Parteiorgan, der „Peuple“, steht in seiner Sonntagnummer die Bilanz der ersten fünf Wochen der Ruhrbesetzung für Belgien: Ein abgemessenes Steigen der Preise für die notwendigen Artikel, das sich zwischen 10 und 20 Prozent bewegt. Statt monatlich 140 000 Tonnen Kohle importiert zu bekommen, haben wir 35 000 Tonnen erhalten, die wir bezahlen müssen. Die Industrieunternehmen haben keinen Kohle mehr und drohen, die Schöpfung abzubäumen. Die Arbeit in den Kohlebergwerken ist von um 75 Prozent eingeschränkt; demnach werden die Vorräte rasch aufgebraucht. Im Hafen von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 900 Arbeitstage gab, werden jetzt täglich 200 bis 300 gearbeitet. Die Devisen des industriellen Zentralauslasses haben Herrn Deun's dem belgischen Wirtschaftsminister, D. Kehl, gegeben, das Gesetz über den Achtsundenzug in den Bergwerken aufzuheben.

Eine der belgischen Finanzzeitungen, der „Moniteur des Interests Matériaux“, stellt fest, daß der belgische Kohlenmarkt infolge der Vorgänge an der Ruhr in Aufregung ist, da die Lieferung deutscher Brennmaterialien tatsächlich bis jetzt sehr gering ist. „Ein Zug mit Kohle soll, scheint es, an der belgischen Grenze angekommen sein; ebenso fallen verschiedene Kohlenlieferungen für die nächsten Tage erwartet werden.“ Diesen „Erfolg“ feiert das belgische Unternehmertum nach fünf Wochen Ruhrbesetzung fest.

## Freibeuter Kobbach.

Hamburg, 19. Februar. (Eig. Draht.)

In der Nacht zum Sonntag ist im Hotel „Kaiserhof“ in Altona eine Geheimversammlung der Nationalsozialisten, in der Kobbach sprechen sollte, von der Polizei aufgelöst und Kobbach sowie vier andere Führer der Bewegung verhaftet worden. Die Versammelten trugen zum ersten Teil Hakenkreuzbinden und waren mit Handwaffen versehen. Es wird gegen die Führer ein Strafverfahren eingeleitet werden. Leider hat auch die Altonaer Behörde bei Kobbach eine Verdunkelungsgefahr und Fluchverdacht als nicht vorübergehend erachtet und ihn wieder aus der Haft entlassen.

Leutnant Kobbach wurde im Herbst v. Js. schon einmal in Berlin verhaftet, dann aber unbekannterweise wieder freigelassen. Die an Gnadenenerweis der Republik hat er mit einer wägen Höhe gegen die Regierung und Umwälzungen beantragt. Am 23. November erklärte er anlässlich der vierten Oberbefehl der Sturmabteilung Kobbach in München, aus Oberbayern werde bald ein zweites Bayern werden, man werde „eine große einheitliche Wächterregiment“ schaffen. „Die endlich mit dem jetzt in Unruhe anbräut“. Er kündigte an, daß er sich mit seinen Gefolgten „mit Gummiknüppeln und Bajonetten“ dem Weg bahnen werde. Dem Bayern sagte er, daß sie bald Gelegenheit zu Taten haben werden. „Hoffentlich haben wir auch in Preußen bald Gelegenheit. Vor uns stehen die deutschen Wächter.“ Dieser Mann, der gegen seinen damaligen Verpflichtungen im ganzen Lande herumreist und zum bewährtesten Wächter gegen die bestehende Staatsordnung erannt, kann nicht verhaftet werden, weil sich bis heute in Preußen noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der einen Haftbefehl gegen ihn erläßt.

## Profit oder Vaterland?

Auch das französische Geld ist rund.

St. n., 19. Februar.

Während die deutsche Presse schwer um ihr Dasein ringt und oft vergeblich versucht, von der deutschen Geschäftswelt Anzeigen zu erhalten, wird das französische „Echo du Rhin“ ausgiebig von deutschen Geschäftsleuten mit Anzeigen bedacht. Man sollte es nicht für möglich halten, daß deutsche Geschäftsleute es auch nach der Besetzung des Ruhrgebietes jetzt bringen, diesem Heißhakt Anzeigen zuzuführen, und zwar in einem Umfang, daß das „Echo du Rhin“ täglich Anzeigen auf drei Seiten aufweist. Gedankenlos wie der Deutsche ist, denkt er sich vermutlich bei solchem Verhalten nichts. Deshalb ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die in Frage kommenden Geschäftsleute durch Auffklärung von ihrem, das deutsche Interesse schädigenden Tun ablassen. Aus der langen Liste der sündigen Kunden des Anzeigenteils des französischen Heißblattes seien zunächst genannt:

- Konfektion: Kauer, Wiesbaden, Kirchgasse 22.
- Leder: Lenne und Scheldt, Mainz, Klarstr. 8.
- Delikatessen: Heinemann, Mainz, Augustinerstraße 32.
- Waben: Seidenspinner, Wiesbaden, Häfenerstraße 12.
- Möbel: Karl Schäfer, Wiesbaden, Moritzstraße 54.
- Hüte: Anna Hub, Wiesbaden, Rheinstr. 43.
- Lampen: Rudolf Henschel, Mainz, Frauenloßstr. 12.
- Sport: Schäfer, Wiesbaden, Webergasse 11.
- Stoffe: Friedrich Beck, Mainz, Kerbgasse 23.
- Kohles: Hermann und Dreyfuß, Wiesbaden, Webergasse 11.
- Möbel: Fr. Kadmann, Kreuznach, Salinenstraße 7.
- Wagenspezialgeschäft: Bernhard u. Andres, Mainz, Rheingasse 15.
- Motorräder: Bududer, Mainz, Albinstr. 1.
- Hüte und Waben: Diener Wwe., Kreuznach, Mannheimerstr. 49.
- Kohles: H. Schneider, Wiesbaden, Kirchgasse 35/37.
- Frisiers- und Schönheitsinstitut Kaestner u. Jafob, Wiesbaden, Tannstraße 4.
- Silber: Eberhardt, Wiesbaden, Langgasse 48.
- Klaviere: Heinrich Wahl, Mainz.

Es ist schade, daß nicht mehr jüdische Namen unter diesen Firmen zu finden sind, nicht wahr? Was gebe das Stoff für eine völkische Hege!

## Abfindung der Kriegsbeschädigten?

SPD. Dem Reichstag liegt gegenwärtig eine Novelle zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes vor, in der eine Abfindung der Kriegsbeschädigten, die bis zu 30 Proz. Erwerbsgemindert sind, vorgeschlagen ist. Die Auszahlung soll, wenn die Abänderung in Kraft getreten ist, binnen sechs Monaten erfolgen. Sollte nach der Abfindung eine Verlästimmung des Lebens eintreten, dann wird eine Wiederaufnahme des Entschädigungsverfahrens erfolgen.

Ueber die Höhe der Abfindungsabgabe gehen die Meinungen zurzeit noch recht weit auseinander. So werden z. B. für die bis zu 20 Proz. Erwerbsgeminderten Abfindungssummen von 18 000 bis 36 000 Mk. genannt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten wendet sich gegen den Vorschlag der Regierung und hat bereits einen Gegenentwurf den Fraktionen des Reichstages zugehen lassen. Der Reichsbund hat ferner in einer Petition dem Reichstag keine Forderungen und Wünsche übermittelt. Er ist gegen die einmalige Abfindung und verlangt die Heraussetzung der Rentenfrage sowie die Wiedernahme verschiedener Bestimmungen des Wehrmachtversorgungsgesetzes, nach dem die Reichswehrangehörigen besser gestellt werden als die nach den Bestimmungen der bestehenden Gesetze versorgten Kriegsbeschädigten.

## Der patriotische Reichslandbund.

Auch aus der Ruhrnot will er seinen Profit ziehen!

Anlässlich der Tagung des Reichslandbundes in Frankfurt am Main wurden unter großem Beifall folgende Entschlüsse angenommen: 1. Zur vaterländischen Lage: Der Reichslandbund erklärt sich bereit, bis zu 500 000 Kinder aller Berufsstände der Ruhrbevölkerung aus dem Ruhrgebiet aufzunehmen. Der Reichslandbund wird sich dafür einziehen, daß seinen vom französischen Einbruch betroffenen Berufsgenossen durch Zuführung von Futtermitteln soweit als irgend möglich geholfen wird. 2. Zur wirtschaftlichen Lage: Der Reichslandbund fordert auf wirtschaftlichem Gebiete die Befreiung aller Landwirte von der Lieferung der ihre Leistungsfähigkeit übersteigenden Lieferungen von Umlagegetreide entsprechend der Entschließung des Reichstages; ferner volle Bezahlung des Umlagegetreides bei der Lieferung und Ausgleich der durch die Geldentwertung entstandenen Verluste; weiter sofortige Maßnahmen der Regierung zur Sicherstellung möglichst hoher Abschlagszahlungen an die Lieferanten von Rüben für gefestigte Zuckerrüben und schließlich die Befreiung der in den einzelnen Ländern die freie Wirtschaft hemmenden Bestimmungen, die eine bessere Milchversorgung verhindern.

## Streik auf dem Rhein.

Eine in Mannheim tagende Konferenz der Vertrauensleute der Rheinischdeutschen Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer nahm zur gegenwärtigen Lage Stellung und beschloß mit sofortiger Wirkung eine Verschärfung des Kampfes. Das in diesem Verband organisierte Personal sämtlicher Reparaturwerkstätten am Rhein ist von der Verbandsleitung der Maschinenisten und Heizer in den Kampf eingeleitet worden. Jede Reparaturarbeit an französischen Dampfern ist unmöglich gemacht worden. Die Streikleitung hat ferner allen Maschinenisten und Heizern, welche als Kranmaschinenisten das Behunkern mit Kohle an holländische, belgische, schweizerische Boote vorgenommen haben, die Verweigerung jeder Kohlenabgabe an diese Fahrzeuge zur Pflicht gemacht. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig, da festgestellt worden ist, daß Dampfer unter holländischer, belgischer, schweizerischer Flagge deutsche und französische Fahrzeuge abgefleppt haben.

Das Rheinischdeutsche Personal ist entschlossen, den Kampf in der Rheinischdeutschen weiter zu verschärfen, wenn die Lage es erfordert. Von der deutschen Regierung fordert es die Wahrnehmung jeder Verhandlungsmöglichkeit, die Aussicht bietet, zu einem für beide Teile gerechten Ausgleich zu kommen. Das Personal lehnt es entschieden ab, nationalpolitische Kräfte zu unterstützen und verlangt von der Regierung die Beachtung seiner Wünsche.

Der deutsche Werkmeisterverband, Sig. Düsseldorf, (Wald-Dund) hat aus Verbandsmitteln für die Ruhrproleten-Sammlung 2 Millionen Mark gespendet. Nebenher beteiligten sich die Kollegen an den allgemeinen Sammlungen. Außerdem unterstützt der Verband selbstständig im besetzten Gebiet etwa achtzigtausend Kollegen nach allen Rechten seines Staats.

# Ein Vorschlag Renaudels.

„Im „Populaire“ unterbreitet Genosse Renaudel den deutschen Sozialdemokraten einen Vorschlag, der einen Ausweg aus dem Ruhrkonflikt zeigen soll. Nach einem Pariser Telegramm — das Blatt mit den Ausführungen selbst liegt noch nicht vor — sieht Genosse Renaudel auseinander, daß die deutschen Sozialdemokraten mit Recht gegen die Besetzung protestieren, daß sie zugleich aber auch sagten, die deutsche Regierung dürfe keine Gefangenhaft vorübergehen lassen, um zu Verhandlungen zu kommen. Zu diesem Zweck, fährt Renaudel fort, sollte die deutsche Regierung schon jetzt in eine Diskussion willigen, und zwar unter der bindenden Zusicherung von der andern Seite, daß bei einem günstigen Abschluß der Verhandlungen das Ruhrgebiet geräumt werde. Die deutsche Regierung müsse aber ihren Willen kundgeben, die Erfüllungspolitik fortzusetzen. Die französische Regierung ihrerseits müsse formell erklären, daß das einzige Motiv der Ruhrbesetzung sei, die Reparationen durch Pfänder zu sichern und Zahlungen zu erlangen. Man denke nicht an eine verlängerte Besetzung, und die Räumung werde auf alle Fälle erfolgen, sobald Deutschland formelle Verpflichtungen übernehmen und die Pfänder oder Garantien geliefert habe, die es für nötig halte und die die französische Regierung für befriedigend erkläre. Sobald die beiden Parteien diesen Standpunkt angenommen hätten, müßten sie zustimmen, daß das Problem unverzüglich dem Völkerbund zum Schiedspruch unterbreitet werde und daß die Vereinigten Staaten aufgefordert würden, sich daran zu beteiligen. Renaudel wisse wohl, daß seine Vorschläge nicht als radikal genug angesehen werden könnten, jedoch erlaubten sie, eine Bresche in die Mauer zu legen, die die beiden Regierungen voneinander trenne, und dies sei wesentlich.

Soweit der Vorschlag Renaudels. Wenn wir ihn recht verstehen, so ist folgendes gemeint: Die beiderseitigen Regierungen sollten sich zunächst einmal über ihre Verhandlungsziele grundsätzlich einigen in der Weise, daß gegen die Festlegung eines durch Garantien gesicherten Reparationsprogramms die Räumung des Ruhrreviers erfolgen soll. Damit ist offenbar auch gesagt, daß die Räumung sofort und vollständig erfolgen soll, sobald das Reparationsprogramm einverständlich festgelegt ist. Die Festlegung dieses Programms sowie sonstiger Einzelheiten des Ausgleichs soll dann aber nicht in Separatverhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung, sondern durch den Völkerbund unter Heranziehung der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen.

Es handelt sich also um ein Spiel, an dem vier Partner, die deutsche Regierung, die französische Regierung, die amerikanische Regierung und der Völkerbund, beteiligt sein sollen, und ihrer aller Bereitschaft zur Beteiligung ist die Voraussetzung des Erfolges. Zunächst kommen die deutsche und die französische Regierung in Betracht. Die deutsche Regierung hat zur Verhandlungsfähigkeit verschiedene nuancierte und verschiedenes auslegbare Erklärungen abgegeben, die jedoch keine Festlegung in dem Sinne enthalten, daß die Aufnahme von Verhandlungen erst nach der Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete erfolgen darf. Wir glauben, daß die Schwierigkeiten auf der deutschen Seite die geringsten wären, wenn es erst gelungen wäre, die andern zu überwinden.

Leider aber hat man in Deutschland aus der französischen Presse den Eindruck gewonnen, als ob an den entscheidenden Stellen in Paris die Absicht bestände, das Ruhrrevier für absehbare Zeit in der Hand zu behalten, und als ob die lebhafteste Abneigung gegen den Plan bestände, die Reparationsfrage dem Völkerbund zu überweisen. Wir müssen auf Grund dieser Presseäußerung zu der Meinung gelangen, daß es in Paris zurzeit keine Regierung gibt, die bereit wäre, den Vorschlag Renaudels in Erwägung zu ziehen. Ist dem aber wirklich so, dann bleibt der Vermittlungsvorschlag aussichtslos, solange nicht in der offiziellen Haltung Frankreichs ein entscheidender Umschwung eintritt.

Wie groß die Schwierigkeiten auf französischer Seite sind, ergibt sich u. a. auch aus einer neuesten Äußerung des „Gaulois“, in der folgendes erklärt wird:

Es wäre wohl möglich, daß Frankreich unter gewissen Bedingungen die Intervention eines Dritten annähme. Aber dieser

Dritte müsse sowohl Frankreichs Rechte als auch den Grundsatz der produktiven Pfänder anerkennen, die Frankreichs einzige Sicherheit seien. In der besonderen Lage, in der sich Frankreich befindet, könne es sich tatsächlich nicht vor einem Schiedsgericht auf dem Fuße der Gleichheit mit Deutschland treffen.

Weber die Regierung Cuno noch irgendeine andere deutsche Regierung wird darauf verzichten können, die künftigen Verhandlungen als gleichberechtigter Partner anzuerkennen zu werden. Andernfalls würden die Verhandlungen nicht ihren Namen verdienen, vielmehr würde das Ganze auf die Entgegennahme eines neuen Diktats hinauslaufen. In Deutschland aber ist bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau die Ueberzeugung allgemein, daß es keinen Ausweg aus dem Elend Europas gibt, wenn nicht mit der Politik der Diktate, der Drohungen, der Erpressungen, der Gewalttaten endlich ein Ende gemacht wird. Besitzt begründete Aussicht, dieses Ziel zu erreichen und ein wirklich geordnetes Nebeneinanderleben der beiden Völker zu ermöglichen, so können auch die absonderlichsten Umstände kein unüberwindliches Hindernis für die Einleitung von Verhandlungen darstellen. Besteht solche Aussicht nicht, dann wird keine deutsche Regierung den Weg zu einem Verhandlungstisch nehmen wollen, an dem sie zu eben erst verübten schändlichen Unrecht nur neue Demütigungen zu erwarten hat.

Wir müssen also an Genossen Renaudel die Frage richten: Glaubt er, daß die französische Regierung bereit ist, den von ihm gewiesenen Weg zu betreten oder daß eine neue französische Regierung in absehbarer Zeit dazu bereit sein wird? Könnte Renaudel diese Frage bejahen, so würde sich daraus eine ganz außerordentliche Erleichterung der Lage ergeben. Kann er das aber nicht, so wird er auch verstehen, daß die deutsche Sozialdemokratie erst dann insstande sein wird, die deutsche Regierung auf einem bestimmten Weg vorwärts zu stoßen, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen haben wird, daß von der andern Seite her gleiche starke Kräfte zum gleichen Ziel wirken.

Die deutsche Sozialdemokratie will eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems, sie will die Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, und sie will die Erreichung dieses Ziels nicht von Prestigefragen abhängig machen. Dieses Ziel wird erreichbar sein, wenn der Geist, der unsere französischen Genossen befeuert, auf die Politik Frankreichs maßgebenden Einfluß gewonnen haben wird. Gelingt es Renaudel, die Hindernisse zu überwinden, die sich in Frankreich seinem Vorschlag entgegenstellen, dann werden auch in Deutschland die Hindernisse nicht unüberwindbar sein. Es ist aber ein großer Unterschied zwischen dem Geist Renaudels und jenem Geist, der im Ruhrrevier mit der Rottweilche umgeht. Mit ihm gibt es keine Verständigung, am wenigsten für Sozialisten. Und darum wiederholen wir den Ruf an die französischen Genossen, daß sie ihre Anstrengungen mit denen der Arbeiter der gesamten Welt vereinigen mögen, um dem brutalen Regiment, das rechts-widrig und willkürlich im Ruhrrevier herrscht, und das den Namen Frankreichs vor der ganzen Welt schändet, ein Ende zu bereiten. Gelingt ihnen das, dann wird der Weg zu Verhandlungen weit offen sein. („Vorwärts.“)

## Republikanische Gerichtsbarkeit.

„Hundsjott“ zwar pommerisch, aber nicht beleidigend.

In Plön (Hollstein) stellten nach dem Rathenau-Mord unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die stummen Zeugen monarchistischer Vergangenheit, die Gipshütten der Hohenzollern, aus dem Stadtverordneten-Sitzungslocale zu entfernen. Dieser sozialdemokratische Antrag erschien aber der bürgerlichen Mehrheit des Kleinrats-Parlaments als etwas Ungehörliches, daß der Stadtverordneter-Vorsteher, ein Volksschullehrer, den Bürgermeister Brandenburg aufforderte, einmal den Raten, die übrigens vorher schon den weiteren Antrag gestellt hatten, endlich einmal eine republikanische Reichsflagge anzuschaffen und Schwarz-Weiß-Rot durch Schwarz-Rot-Gold zu ersetzen, gehörig den Text zu lesen. Das tat mit der ihm eigenen Intelligenz dann auch der Bürgermeister, und bei der Gelegenheit beleidigte er, gänzlich unmotiviert, den zweiten Vorstehenden unserer Partei in Plön, der, nebenbei bemerkt, weder Stadtver-

ordneter ist, noch mit den Anträgen unserer Partei irgend etwas zu tun hatte. Bei der Bekämpfung der sozialdemokratischen Anträge sagte der Plöner Bürgermeister, daß hinter diesen Anträgen ein „Mensch“ stehe, der „die friedliche Plöner Bevölkerung verheße“, der sich nicht scheue, in die Wohnungen der Bürger zu gehen, um diese unter Bedrohung aufzufordern, „an Stelle unserer alten guten schwarz-weiß-roten Flagge Schwarz-Rot-Gold zu schlagen“ und dadurch Unfrieden zu stiften. Er lehne es ausdrücklich ab, den Namen dieses Menschen zu nennen, dessen Verhalten er hiermit als hundsjottig bezeichne.

Deutschnationalistische Hakenkreuzklingler taten ein übriges und schickten dem Genossen Paul Stössel, den der Bürgermeister meinte, mehrere Drohbriefe, in welchem sie ihm das Schicksal Erzbergers und Rathenaus androhten.

Da der Genosse Stössel nichts getan hatte, was irgendwie dem Bürgermeister Veranlassung hätte geben können, ihn als Hundsjott zu bezeichnen, sondern sich lediglich in den Grenzen der Gesetze als Sozialdemokrat betätigt, strengte er gegen den Bürgermeister Privatklage an. Aus der Zeugenernehmung vor dem Plöner Schöffengericht ging weiter nichts hervor, als daß Stössel Sozialdemokrat ist und in einem Falle (am Tage nach dem Rathenau-Morde) einem Plöner Geschäftsmann den freundschaftlichen Rat gegeben hatte, doch im Interesse von Ruhe und Frieden die schwarz-weiß-rote Fahne einzuziehen, die zu Ehren eines Kriegsveterans ausgehängt war. Trotzdem sprach das Plöner Schöffengericht den Bürgermeister frei, indem es begründend ausführte, der Wahrheitsbeweis durch den Beklagten sei zwar nur teilweise geführt (sine Auforderung, die schwarz-weiß-rote Flagge zu entfernen). Die Bezeichnung hundsjottig, auf den Kläger angewandt, sei an sich beleidigend. Zunächst steht aber dem Bürgermeister der Schutz des § 193 Str. G. B. (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite, und zwar geht auch die Absicht der Beleidigung, indem sich der Bürgermeister eines Ausdrucks seiner pommerischen Heimat bedient habe, der in Plön nicht üblich sei.

Nach Ansicht des Plöner Gerichts könnte man dort also z. B. dieses Urteil ruhig als „hundsjottig“ bezeichnen, ohne dafür bestraft zu werden, weil „Hundsjott“ und „hundsjottig“ einer „Landesfremden“ Sprache entnommen sind. Wenn nach der Weimarer Verfassung jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung frei und offen zu äußern in Wort, Schrift und bildlicher Darstellung, so sind diese Freiheiten in der Spiekerrepublik Plön noch übertroffen. Dort kann der Bürgermeister jeden Sozialdemokraten, der sich im Rahmen der Gesetze politisch betätigt, als Hundsjott bezeichnen, ohne dafür bestraft zu werden. Natürlich wird auf dem Wege der Berufung jetzt das Landgericht Riel befragt werden, ob man dort ebenso denkt wie in Plön.

Die volksparteiliche „Zeit“ hat an das Berliner Urteil gegen den „Zion-Weisen“ Vater Müller-Haufen die Bemerkung geknüpft, daß es volle Schimpffreiheit gewähre. Wie wird sie erst erkaunt sein, wenn sie die juristische Leistung des Schöffengerichts von Plön zur Kenntnis genommen hat.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 20. Februar.

Alltägliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		19. Februar.	17. Februar.
Amsterdam	1 fl.	7830.87	7830.87
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1047.37	1017.45
Kristiania	1 Kr.	3690.75	3600.97
Kopenhagen	1 Kr.	3790.50	3650.77
Stockholm	1 Kr.	5281.80	5137.12
Helsingfors	1 Finn. Mk.	543.68	527.67
Rom	1 Lire	947.62	927.67
London	1 £	927.67	907.22
New York	1 Doll.	19800.37	19151.25
Paris	1 Frs.	1192.01	1157.10
Zürich	1 Frs.	3715.68	3630.90
Madrid	1 Pesetas	3117.18	3032.40
Wien	100 Kr.	28.17	27.68
Prag	1 Kr.	595.50	592.51
Budapest	1 Kr.	7.83	7.58

## Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Lillier.

29. Fortsetzung.

„Gieber Vater Navette,“ antwortete er mir, „wenn Ihr mich so hoch aufhängt, wie der Turm von Saint Martin ist, damit ich noch einen Sou auftrieb, ich könnte keinen aufstreiben.“

„Ich will Euch nicht so hoch aufhängen wie der Turm von Saint Martin ist,“ antwortete ich ihm, „um so mehr als der Glöcker mir die Schlüssel verweigern würde; aber ich werde Euch verflagen.“

„Wenn Ihr wollt, Vater Navette,“ antwortete er mir, „werde ich Euch einen Wechsel auf sechs Monate Verfallzeit ausstellen und Ihr werdet ihn diskontieren lassen.“

Ein Stück Papier statt bar Geld, das stimmte kaum zu meiner Rechnung, aber der Hunger treibt den Wolf aus dem Walde; ich mußte kein Papier nehmen. Als ich im Hofe war, rief er mich zurück.

„Gerade, Vater Navette,“ fing er an, „denke ich an etwas: da es Eure Absicht ist, Euren Wechsel diskontieren zu lassen, so kann das ja hier ebensoviel wie anderswo geschehen, das wird Euch einen Gang nach der Stadt ersparen.“

„Aber,“ sagte ich ihm, „Ihr habt mir ja eben versichert, man könnte Euch so hoch hängen, wie der Turm von Saint Martin ist, wie Ihr einer Sou aufstreiben könntet.“

„Das ist Geld, das nicht mir gehört,“ erwiderte er mir, „aber da Ihr ein braver Mann seid, so will ich es auf mich nehmen, darüber zu verfügen, um Euch gefällig zu sein.“

„Wo weil ich ein braver Mann bin, wollt Ihr mich befehlen?“

„Nicht ganz so,“ antwortete er; „wollt Ihr im Austausch gegen Euer Wechselbillet hundertundsechzig Frank in hundert neuen Talerfluten?“

„Ich habe mich gewehrt wie der Teufel im Weihwasserfessel, aber ich habe nun müssen, was er wollte.“

„Belle-Plante ist ein Esch“, sagte Luise, „aber was kann Herr Cornelius dazu tun?“

„Verzeihung, Luise. Verzeihung, ich kann etwas dazu tun und sogar viel. Wenn Belle-Plante dem Vater Navette die dreißig Frank nicht wiedergibt, um die er ihn beschwindelt hat, so übernehme ich es, sie ihm wiederzugeben.“

„Wenn Ihr Ballen fertig sein wird, Herr Cornelius?“

„Selbstverständlich, Luise. Gehen, Vater Navette, entfernt Euch nicht von Euerem Hause und wenn ich Euch brauche, werde ich Euch holen lassen.“

für Euch kommen, Vater Navette. Versteht Euch hinter diese Weide und tretet hervor, wenn ich Euch rufe.“

„Nun, da bist du ja,“ sagte Cornelius. „Ja, da bin ich! Bist du endlich entschlossen, mir diese entsehtliche Masse abzunehmen?“ fragte Belle-Plante.

„Es wäre schade,“ sagte Cornelius; „sie schickt dich vor Insektenstichen und vor dem zerstörenden Einfluß der Feuchtigkeit.“

„Wißt du mir sie abnehmen, Cornelius, so werde ich dem Fischer drei Frank zurückzahlen.“

„Nein!“

„Wißt du für sechs?“

„Nein!“

„Und für zehn?“

„Unnützlich zu handeln,“ sagte Cornelius; „fünfzehn Frank. Es gibt nur Annahmen oder Auschlagen. Du weißt, ich stelle hier den Bucherer vor und du den Bürger. Verlaufe dich meinen Bedingungen zu entsprechen.“

„Nun wohl, ich gebe die fünfzehn Frank zurück; aber verzehe mich wieder in meinem natürlichen Zustand.“

„Die fünfzehn Frank vorweg. Du weißt, daß man die Kuh nicht loslassen darf, bevor der Hirt geblasen hat. Das ist eine Lehre, die du mir selbst einmal gegeben hast und an die ich denke.“

Belle-Plante gab leuzend die fünfzehn Frank dem Cornelius. „Jetzt,“ sagte er, „hoffe ich, daß du mir dein Del vom Gesicht entfernen wirst. Was jögertst du noch?“

„Einen Argentinid,“ sagte Cornelius. „Donnerweiber, wie eilig du es hast! Wir müssen erst noch eine kleine Rechnung glatt machen. Vater Navette kommt doch einmal her!“

Der Vater Navette trat aus seinem Versteck hervor und stellte sich Cornelius gegenüber.

„Kennst du diesen Mann?“ fragte Cornelius zu Belle-Plante. „Gewiß kenne ich ihn; er ist der König der Menschen und der Kaiser aller Weber. Aber was hat das mit meinem Gesicht zu tun?“

„Du wirst es erfahren. Kehet, Vater Navette! Hast Ihr nichts von dem Angeklagten zu fordern?“

„Ja, Herr Gelehrter, wenn es Herr Belle-Plante ist, den Ihr den Angeklagten nennt, so habe ich von ihm dreißig Frank zu fordern, die er mir gestern auf meine Rechnung abgezogen hat.“

„Das ist Distanto, altes Tier! Begeißt du denn bei deinem Alter nicht, was Distanto ist. Cornelius begreift es wohl. Er weiß sehr gut, daß man ohne Distanto keine Geschäfte machen könnte. Manchmal würde einer für hunderttausend Frank Wert in seiner Tasche haben und ohne den Distanto hätte er nicht so viel harte Münze, um ein Stück Brot zu kaufen.“

„Aber,“ sagte Cornelius, „du hast unter dem Vorwande des Distantos ungerathener Weise diesem Manne dreißig Frank einbehalten auf eine Rechnung, die du ihm seit zwei Jahren schuldig warst?“

„Ja,“ erwiderte Belle-Plante, „er stimmte aus freien Stücken.“

„Der Vater Navette ist kein Kind, Cornelius.“

„Gut! Ich werde dir den Wert des Wortes aus freien

Stücken beibringen. Du wirst ihm aus freien Stücken keine dreißig Frank zurückzahlen; wenn nicht, wirst du ewig unter deiner Tünche bleiben.“

„Ja, Cornelius, du willst dich amüsieren! Das kannst du unmöglich mit mir verlangen.“

„Erinnere dich, daß ich der Bucherer bin und du der Bürger. Du bist frei, wie der Vater Navette es war; du kannst aus freien Stücken ablehnen.“

„Und so hältst du dein Wort? Ich hielt dich doch noch nicht für so hundsgeheim, Cornelius. Nun wohl, da du mich denn nicht abwählen willst, so gib mir doch die fünfzehn Frank zurück, die du mir für deinen Fischer abgepreßt hast.“

„Nein,“ sagte Cornelius, „das ist Geld, das du zurückzahlst; es gehört nicht mir, sondern dem Fischer.“

„Und du glaubst, daß es sehr fein, sehr ehrlich und eines Ehrenmannes und vor allem eines Bruders würdig ist, die Lage, in der ich mich befinde, zu mißbrauchen, um mich zu ruinieren?“

„Was willst du? Ich bin der Bucherer und du der Bürger!“

„Sage lieber, daß du der Dieb bist und ich der Besessene!“

„Kein Gott, dann ist es auch noch immer so.“

„Keine Epigramme, Cornelius! Ja oder nein, willst du mich abwählen?“

„Nein!“

„Nun gut, ich gehe zum Amtmann.“

„Geh, Belle-Plante, die Seife des Herrn Amtmanns tangt vielleicht mehr als die der Mutter Gotth.“

Belle-Plante entfernte sich mit festem und entschiedenem Schritt, wie wenn er den Weg nach Clamecy in fünf Minuten machen wollte; aber bald kehrte er wieder um.

„Du bedenkst nicht, Cornelius,“ fing er wieder an, „daß da dem Vater Navette mehr schadet als nützt. Höre meinen Vorschlag. Wenn du willst, werde ich Navette fünfzehn Frank geben und er wird für mich das ganze Jahr arbeiten.“

„Dreißig Frank!“ sagte Cornelius. „Ich bin der Bucherer und du der Bürger.“

„Erbarmen!“ rief Belle-Plante. „Fräulein Luise, bitten Sie doch für mich.“

„Ich bin der Bucherer, sag ich dir. Ich höre nichts!“

„Nun gut, hier sind deine dreißig Frank, aber Gott wird dir das niemals verzeihen.“

„Er wird es mir verzeihen, dessen kannst du sicher sein. D er sich nicht damit befassen will, dem Unterdrückten zu seinem Rechte zu verhelfen, so kann er es nicht übel nehmen, daß ein anderer sein Geschäft besorgt.“

„Wißt du mich endlich abwählen, Cornelius?“

„Du hast wohl Angst, daß ich dir noch andere Vergütungen auferlege? Aber demüthige dich. Ich habe dir, glaube ich, genügend gezeigt, welches die Stellung des Bucherers gegenüber dem Bürger war. Nunmehr danke ich ab.“

Dann zog er ein Gläschen aus der Tasche, goß einen Tropfen einer gewissen Säure auf den Gipfel seiner Serviette und gab Belle-Plante seine natürliche Gesichtsfarbe wieder.

Fortsetzung folgt.

**Lebensmittel.**

★  
Dampfbäckerei „Hansa“  
L ü b e c k  
J. C. D. Junge & Co.  
Verkaufsstellen überall.  
★

Reserviert  
**Jul. Böttcher**  
Nährmittelfabrik.

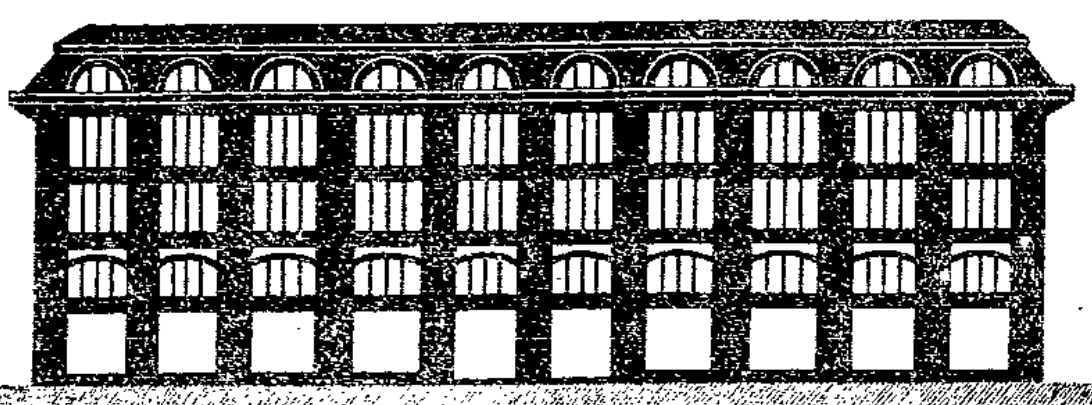
**Hansa-Meierei**  
Fackenb. Allee 59 a/b. Fernr. 281 557

Reserviert für  
**Paul Erasmi & Co.**  
Konservenfabrik.

Reserviert für  
**Willi Seans Hebls**  
Lebensmittel-Großhandlung

**Grütmühle Carl Moll**  
Tel. 824 u. 850 LÜBECK Aishede 12 1/2  
Futter für Hühner: Grützbällchen für junge  
Schweine: Garantiert reines Schrot zum Mästen  
Umtausch von Getreide in Grütze, Flocken usw.

**J. HÖPPNER**  
Groß-Desillation  
Weinhandlung \* Likörfabrik  
Lübeck, Beckergrube 66  
Fernsprecher 2247.



Das große leistungsfähige  
Kaufhaus für Jedermann

**Holstenhaus**  
G.m.b.H. Lübeck

**Geschäftliche Rundschau**  
und  
**Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

Abfahrt der Züge von Lübeck nach  
Hamburg: 545, 747, 1103, 126, 417, 722, 820 D-Zug, 930 Sonnt., 935.  
Travemünde-Miendorf: 527 Werft., 815 Travem., 207, 652.  
Büchen: 800, 130, 530. — Segeberg: 130 Werktag, 210 Sonntags, 730.  
Kahn: 715, 648.  
Kleiner: 715, 925 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterabus.)

**Lübeck's größtes Spezialgeschäft**  
zeigt der Bevölkerung die  
Einkaufsquelle für Margarine.  
**Lübecker Margarine-Zentrale**  
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen. A. DRESEN. Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Wo kauft der Arbeiter Lübeck's seine  
Lebensmittel  
In der Feinkosthandlung von  
**Paul Burmester jun.**  
Holstenstraße 24 \* Fernsprecher 3763  
und in den Verkaufsstellen  
Meiersstr. 21, Schwänckenquerstr. 18, Holstenstr. 3.

**B. Glogner & Co.**  
Kanalstraße 32-34  
Stahl, Eisen, Metalle,  
Schrott.

**Ankauf!** ★ **Ankauf!**  
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle  
Sämtliche Felle und Haare.  
Ueberbiete dauernd jede Konkurrenz.  
**R. Lissauer, Produktenbörse.**  
Hartengrube 5. ★ Fernruf 3601.

**F. Lissauer & Goldschmidt**  
en gros Mühlenstr. 60 en détail  
zahlen immer die höchsten Tagespreise für  
Eisen Metalle Lumpen Haare.

**60 Glockengießerstr. 60**  
! Zahl höchste Tagespreise für Meisen,  
Hausflandslumpen, Schneiderrumpen,  
Altpapier, Zeitungspapier, Metalle,  
Taschen, Felle, Haare usw. !  
**S. Mendelzweig**

**R. Lissianski**  
Obertrave 19  
Rohprodukte.

**Törpers**  
**Produkten-Zentrale**  
Schwart Allee 24/26 \* Fernsprecher 1575  
**Beste Absatzquelle für**  
**Alt-Eisen, Metalle,**  
**Papier, Flaschen usw.**  
Händler, Schlosser, Schmiede, Klempner erhalten  
**Vorzugspreise!**

**Brillanten,**  
Gold-, Silber-, Platin-, Doublee-  
(Strich und Geschnittene)  
Uhren, Brennstifte usw.  
Sofort zum Verkauf zu haben.  
**Carl Michaelsen, Goldschmied,**  
Lübeckstraße 3, am Bürgerplatz.

Ich bin Käufer von  
**Alt-Eisen, sowie Zeitungen,**  
**Akten u. Geschäftsbücher,**  
**Alt-Metall, Kupfer, Messing, Blei u. Zink**  
**sowie Weinflaschen,**  
**Lumpen, Knochen,**  
**Pferde- und Kuhhaare,**  
**Schweinehaare, trocken u. naß**  
zu höchsten Tagespreisen! (1829)  
**H. Oppler,**  
Bei St. Johannis 24. Tel. 1838.

**Achtung! Verloren Achtung!**  
haben Sie kein Geld, wenn Sie Ihre  
Hausflandslumpen, Meisen,  
Papier, Metalle und Boden-  
rummel im Produkten-Geschäft  
G. Gertrud verkaufen  
Lange Reihe 19. G. Hermann,  
Erbsen 3592. (1815)

**Retten Sie**  
wie noch im Jahre 1911  
und kaufen  
**Nigrin-Extra**  
denn so werden Sie  
besser sein.



Solange der Vorrat reicht  
**Margarine**  
weit unter Fabrikpreis  
**2800, 3000, 3200**  
pro Hfd.  
Balmia Hfd. 3200.  
Cocostett Hfd. 3200.  
3-Strichmarke Hfd. 400.  
**Lübecker**  
**Margarine-Zentrale**  
A. Dreessen. 18198

**Tannenholz**  
im Kleben geliebt, zumerwünschte jede Menge an  
Sägen und frei Haus empfindlich  
**J. H. Wieggers, Balanierstr. 26-28,**  
Telephon 277. (1821)

**Billig! Sensation! Billig!**  
Ba. Wäfrische Ware! Leder Hfd. 2400.-  
Schneidungen Hfd. 2400.-, Schneidmesser  
2000.-, Herzen 2000.-, Güter 1600.-, Länge  
1600.-, Schneidmesser kleiner 2400.-, Knochen  
300.-, lt. Satz 1800.-, vielfaches Kunstleder  
200.-, lt. Satz 2400.-. 18206  
**O. Stöver,**  
Wohnstraße 22,  
Telephon 2133. **Billig!**

**BREMEN**



**AMERIKA**  
**OSTASIEN**  
**AUSTRALIEN**

Regelmäßig r Personen- und Frachtverkehr mit  
eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unter-  
bringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen  
**Reisegepäck-Versicherung**  
Nebst Aankunft durch  
**NORDDEUTSCHER**  
**LLOYD**  
+ B R E M E N +  
und seine Verwaltungen  
in Lübeck: W. F. Schmidt & Co.,  
Untertrave 12/13. (1819)  
in Hamburg: Norddeutscher Lloyd  
Generalvertretung Lloydpassage-  
bureau Wilhelm Lazarus G.m.b.H.  
Bergstraße 11, Haus Commeter.

**Breklors**  
ab Lager und frei Haus liefert  
**Heinrich Boye, Cindenstr. 17a.**  
Telephon 913. 18194

**Luisenlust** Morgen  
des Regattklubs „Freie Bahn“. (18208)  
Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Lübecker Mandolinenk ab v. 1911  
**Ma. Bölling-Konzert**  
am Sonntag, 25. Febr., abds.  
7 1/2 Uhr im Gewerkschaftsh.  
Vorber. v. Freese, Fradlg.,  
Solisten, Dietrich & Co.,  
Musikantenbldg., Beckergr. 27.  
Eintritt nur 150.— einchl. St.

**Kolosseum**  
Morgen Mittwoch:  
**Gr. Ball**  
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.  
18188 Joh. u. R. Mittag.

**Vollsbühne**  
zu Lübeck e. V.  
Die wirtschaftliche Not  
zwingt das Stadttheater  
zu erneuter Herausgabe  
der Nachsumme. Der  
Beitrag beträgt demnach  
ab 24. Februar f. Abend-  
vorstellungen 450.— Mk.  
für Sonntagnachmittags  
350.— Mk. Mitglieder,  
die durch diese Er. dung  
ihre Mittelschicht aus-  
leben wollen, werden in  
ihrem eigenen Interesse  
gebeten, die Jahreskarten  
bis einschl. 28. Februar  
im Sekretariat, Johan-  
nisstr. 48 I. abzugeben.  
(18201) Der Vorstand.

**Hania-Theater.**  
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Male:  
**„Boccaccio“**  
mit Lissy Niemi als  
Boccaccio. (18187)  
Mittwoch, 21. Februar:  
7 1/2 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Die Mädel von Davos.**  
Operette in 3 Akten von  
Martin Knopf.  
Im ersten Rollen sind  
beschäftigt Matzinger,  
Studi, Witt, Helmar,  
Stein, Schädlar, Vahl,  
Wolf, Ziegler.  
Donnerstag u. folgende  
Tage, 7 1/2 Uhr:  
**Die Mädel von Davos.**

**Öffentliche Beam-  
teversammlung.**  
über Rechts-, Besol-  
dungs- und Wirtschaft-  
fragen der Beamten usw.  
spricht am Donner- tag,  
dem 22. Febr., abends  
7 1/2 Uhr, der Vorsitzende  
des Allgemeinen Deut-  
schen Beamtenbundes,  
Ministerialdirektor a. D.  
Falkenberg im Ge-  
werkschaftshaus. (18199)  
Der Ortsvorsitzende des All-  
gemeinen Beamtenbundes.

**Stadtheater Lübeck**  
Dienstag, 7.30: Ab. C.  
Der Wetzstein.  
Mittwoch, 7.30: Ab. C.  
Ehrenspiel v. Ge-  
heimrat M. Grub.  
Nathan der Weise.  
Gewinn haben keine  
Gültigkeit. (18195)  
Donnerstag, 7.30: Ab. C.  
Marta. (18196)  
Freitag, 7.30: Ab. A.  
Der Wetzstein.

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. Februar.

### Auswandern!

Wie vielen ist nicht schon als einzige Rettung aus dem Elend, in dem sie leben, die Auswanderung erschienen! Ganz besonders jetzt, wo für die lebende Generation fast keine Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse zu winken scheint! Wo und zu welchen auch Gerüchte auf, daß Arbeiter nach Brasilien, nach Nordamerika oder Ostasien geschickt werden. Von den verschiedensten Städten aus suchen Werber für das Ausland unter allerhand Versprechungen Auswanderungslustige zu gewinnen. In der Regel landen die Betroffenen, wenn sie leichtsinnig genug waren, ohne Grundgebühren auf die Angebote einzugehen, bei der Fremdenlegion. In raffinierter Weise wird mit falschen Versprechungen und sogar mit gefälschten Kontrakten gearbeitet, um Unkundige für die Fremdenlegion einzufangen.

Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Reichsregierung ein unter der Leitung des Auswärtigen Amtes stehendes Reiseauswanderungsamt geschaffen hat, dessen Zentrale in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71, ist und das eine Filiale in Hamburg, Catharinenstraße 38, besitzt. Dort kann jedermann in allen Auswanderungsangelegenheiten Rat, Auskunft und Hilfe bekommen. Wer irgendeines der oben erwähnten Angebote bekommt, wird ersucht, auch wenn er nicht darauf eingehen will, dem Amt Mitteilung zu machen. Er kann sich und seine Mitmenschen dadurch vor großem Schaden bewahren. Junge Mädchen, denen Stellen nach dem Auslande angeboten wurden, sind oft genau durch Finanzprüfung des Amtes vor gewissenlosen Mädchenhändlern gerettet worden.

Aber auch Leute, die feste Angebote von ausländischen Firmen erhalten haben, tun gut, sich erst an das Reichswanderungsamt zu wenden. Denn das prüft nicht nur die Verträge, in denen oft sehr Wichtiges fehlt, es zieht auch erst Grundgebühren über die ausländischen Firmen ein und langt dafür, daß die Verträge vom Konsul des betreffenden Staates anerkannt werden, denn dann haben sie in dem betreffenden Lande erst Gültigkeit. Manche Leute verzeihen auch ganz, die Reisekosten zu fordern, und sind dann sehr verblüfft, wenn sie hören, daß die Fahrt im Zwischenland nach Brasilien 1600 000 Mk. und die Einzelreise nach 17 500 Mk. kostet. Nach Nordamerika kostet allein die Einzelreise 10 000 Mk., also rund 200 000 Mk. nach Spanien 55 000 Mk. Werksblätter über die Auszeiten, die Arbeiter, Landwirte, Kaufleute, Metzger, Handwerker usw. in den wichtigsten Auswanderungsgebieten haben, sind gegen ganz geringes Entgelt vom Amt zu haben. Finden sich mehrere Personen zusammen, die den selben Willen haben, in ein bestimmtes Land auszuwandern, so werden auch auf Wunsch Arbeitergemeinschaften oder -verbände, um durch gemeinsames Studium volle Klarheit über alles Wissenswerte zu erlangen.

Auch Nachforschungen nach Verwandten im Auslande werden von dem Amt durch die Vermittlung der Behörden und Vereine gegen eine ganz geringe Gebühr (75—300 Mk.) vorgenommen.

Allen, die auswandern wollen, aber Angebote aus dem Auslande erhalten, kann deshalb nur dringend empfohlen werden, den Rat des Reichswanderungsamtes einzuholen, ehe sie einen mitunter recht folgenschweren Entschluß fassen.

### Kommunistische Geschichtskennis.

Der „ausgebeutete“ Krupp.

Es ist wirklich kein Spaß, in Versammlungen mit kommunistischen Rednern zu diskutieren. In einer öffentlichen Volksversammlung in Groß-Grönau stellte sich die merkwürdige Behauptung auf, die französischen Gewerkschaften seien nie sozialistisch, sondern seit je syndikalistisch gewesen. Von unserem Diskussionsredner festgelegt und gefragt, aus welchem Grunde denn die C. G. T. (französische Gewerkschaftsvereinigungen) Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (jetzter Antifaschistischer Gewerkschaftsbund) gewesen sei, griff er in seiner Redde zu einer echt kommunistischen Ausruf: „Vor dem

Kriege habe es eine Gewerkschaftsinternationale gar nicht gegeben.“

Herr Kossik weiß also tatsächlich nicht, daß schon Jahrzehnte vor dem Krieg internationale Berufsgruppen gegründet wurden; und daß diese Berufsgruppen dann im Jahre 1913 zum Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.) Die durch den Krieg zerstörte Verbindung wurde 1919 wieder angeknüpft und das Bureau nach Amsterdam verlegt. Sollte Herr Kossik das Bedürfnis haben, seine Wägen in der Gewerkschaftsgeschichte noch durch die Kenntnis der I. G. B. zu erweitern, so kann ihm auch damit gedient werden: Deutschland, Frankreich, England, Holland, Belgien, Schweiz, Italien, Vereinigte Staaten, Norwegen, Schweden, Dänemark, Bosnien, Finnland, Rumänien, Spanien, Ungarn, Neuseeland und Transvaal.

Aber was braucht ein Kommunist das alles zu wissen? Wenn Gott das kommunistische Mitgliedsbuch gibt, dem gibt er auch Allwissenheit. Und das Recht, die lächerlichsten Behauptungen über die Sozialdemokratie aufzustellen, dazu!

In derselben Versammlung erzählte Kossik eine amüsante Geschichte aus Russland. Man höre:

Daß Russland Kapitalisten ins Land zieht, um sich ausbeuten zu lassen, ist eine Lüge. Im Gegenteil, Russland zieht diese Kapitalisten ins Land, um sie auszubeten. Zum Beispiel habe es mit Krupp einen höchst schlaun Vertrag geschlossen. Der Firma Krupp seien riesenhafte Landstrecken zur Verfügung gestellt — für eine gewisse kleine Zahl von Jahren. (Genau wußte er die Zahl nicht.) In dieser Zeit müsse sie das Land kultivieren, müsse sie Wirtschafts- und Wohngebäude errichten, Maschinen beschaffen usw. usw. und dann das ganze Gebiet mit dem gesamten Inventar der Sowjetregierung kostenlos abtreten.

Herr Kossik, glauben Sie wirklich, daß Krupps Generaldirektoren solche Idioten sind, wie Sie es in Grönau erzählt haben? Glauben Sie es wirklich? Sonst erzählen Sie doch immer (sehr richtig), daß ein Kapitalist alles aus Profitgier tue. Und gerade diesmal soll sich Krupp von den schönen Sowjetjungen der Herren Kräfte oder Reden haben verschaffen lassen?

### Konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe.

Ueber die Notwendigkeit wirtschaftlicher Selbsthilfe durch genossenschaftlichen Zusammenhalt ist schon genug geschrieben worden. Er ist so wichtig wie gewerkschaftliche und politische Organisation. Heute erst recht, wo die ganze Welt auf den deutschen Arbeiter einströmt und ihn zum Lakenträger für die Schuld anderer zwingen will. Wie soll sich das Volk anders schützen? Nur durch einvernehmlichen Zusammenhalt der drei Grundkörper: Arbeiter, Kleinrentner und Kleinrentner. So mancher, der heute über das Unzureichende der wirtschaftlichen und politischen Zustände klagt, denkt nicht darüber nach, wie sich sein Leben erst gestalten würde, wenn dieser Selbstschutz zusammengebrochen wäre.

Inbesondere wird die Tätigkeit der Konsumvereine oft unbillig verkannt, weil auch diese die Preise nicht nach freiem Willen herabsetzen können. Und doch würde ein bißchen Einblick und guter Wille derartige Vorwürfe, die von uninteressierten Kreisen formuliert werden, genügen, um das törichte Gerücht zu zerstreuen. Es ist unzulässige Tatsache, daß der ständige Einkauf im Konsumverein Preisvorteile bietet, die bei der heutigen Geldentwertung in der Woche in die Tasche gehen. Auf unsere Anfrage an kompetenter Stelle wurden uns einige Beispiele übermittelt. Probenentnahmen bei anderen Kaufleuten ergaben folgende Vergleiche: In Radenburg wurden bei drei Krämmern je 9 Pfund Waren eingekauft, die 14 000, 13 830 und 13 750 Mk. kosteten, im Konsumverein aber waren sie für 12 250 Mk. zu haben. Also 12 Proz. billiger. — In Moisling bei zwei Krämmern Waren für 1410 und 1525 Mk., die im Konsumverein 12 resp. 25 Proz. billiger waren. — In Seereg ergab sich bei drei Krämmern eine Preisdifferenz von 670 Mk. — In Schwarta bei den vier Kaffeeforten von jeweils ein Pfund Franz-, Gersten-, Natronkaffee und Kornfrank zusammen eine Differenz von 1410 Mk. — Hier ist also aufs deutlichste bewiesen, wie sehr der Konsumverein für seine Mitglieder wirtschaftlich arbeitet.

Wenn die Konsumvereine für ihre Mitglieder wirtschaftlich arbeiten sollen, dann müssen ihnen aber auch die Betriebsmittel bewilligt werden. Denn heute für 20 000 bis 30 000 Familien Lebensmittel und Bedarfsgegenstände anzuschaffen, dazu bedarf es Hunderte von Millionen. Deshalb erfordern außerordentliche Verhältnisse ebensolche Maßnahmen. Die Geschäftsanteile müssen so bald wie möglich eingezahlt werden. Das ist unbedingt nötig. Jeder muß das einsehen. Wie man anderwärts mit launigen Mitgliedern verfährt, zeigt z. B. der große Konsumverein Leipzig, der der Geschäftsanteil von 2000 auf 10 000 Mk. erhöhte. Wer diesen Anteil nicht voll eingezahlt hat, muß bei jeder Warenentnahme 5 Proz. des Preises bezahlen, bis der Anteil voll eingezahlt ist. Wer seinen Geschäftsanteil noch nicht voll eingezahlt hat und sich weigert, Anteilmarken zu erwerben, verliert den Anspruch auf Entnahme von Waren. Als Ausnahme können in der Hauptsache nur Arbeitslose, Kurzarbeiter, Sozialrentner, alleinstehende bedürftige Frauen und kinderreiche Familien in Betracht kommen. Die beschlossene Art der Befreiung von Beitragsmitteln ist bereits bei einer großen Anzahl Genossenschaften zur Einführung gekommen und hat dabei gute Erfolge gezeigt. Die Genossenschaft kann für den Genossen keine Ware bereitstellen, der ihr nicht die Mittel in die Hand gegeben hat. Durch die Erhebung des Aufschlags hält sich die Genossenschaft aber auch die Mittel abhandeln fern, für die sie die Warenverfügung stets ablehnt. Die schnelle Eingahlung der Anteile ist der Maßstab für den Beitritt der organisierten Verbraucher in genossenschaftlichen Dingen und für genossenschaftliche Treue!

Die Konsumvereine verlangen nichts Angebühliches, denn wie die Beispiele beweisen, wird die Abgabensumme doppelt und dreifach durch den reellen Einkauf erspart.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet Montag, den 26. Februar, abends 6 Uhr statt.

Der Streik auf dem Hochofenwerk. Seit dem 16. Februar befindet sich die Hochofenwerksarbeiter wegen Lohnminderungen im Streik. Zugang ist streng ferngehalten. Arbeiterblätter werden am Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Der Sozialdemokratische Verein, 10. Distrikt, hatte zu Sonnabend abend die sozialdemokratischen Frauen nach der 6. Lorenzstraße eingeladen. Dieser Einladung waren recht viele Frauen gefolgt. Die Genossin Schmalfeldt sprach über die arbeitsrechtlichen Forderungen der sozialdemokratischen Frauen und forderte die Genossinnen zur Mitarbeit auf. Hierauf hielt Gen. Wolffradt einen Vortrag über „Rechte und Pflichten der Frauen im Staate“. Redner behandelte eingehend diejenigen Gebiete, in denen die Mitarbeit der Frau notwendig ist. Nur wenn jede Genossin mitarbeitet, können wir unseren Ziele näher. Beide Vorträge wurden beifällig aufgenommen. In der lebhaften Aussprache wurden verschiedene Fragen vorgebracht und beantwortet, daß ein fester Zusammenschluß der Frauen unbedingt notwendig sei. Es soll aber Monat eine Frauenversammlung abgehalten werden. Als Bezirksführerinnen wurden die Genossinnen Brenner, Wörner, Baumgarten, Einbeckerstraße 16, Brandes, Schwartauer Allee 175, und die Genossin Döhde, Josephstraße 26, gewählt.

Zum Brand auf der Kochschen Werft wird noch berichtet, daß ein ganzer, etwa 20 Mr. langer Schuppen abgebrannt ist, der mit wertvollen Röhren, Maschinen usw. Holzern, Sanitär- und Metall angefüllt war. Ein Teil des Holzes und des Tauerwerks konnte von den Arbeitern geborgen werden. Der Schaden ist vorläufig noch nicht zu übersehen. Die Entstehung des Feuers führt man darauf zurück, daß in der an den Schuppen angebauten Frühstücksküche ein Feldofen überheizt worden war.

Die Gasvertritten werden laut Bekanntmachung verlängert. Gas gibt es nur noch von 7—8 Uhr morgens, 12—1 Uhr mittags und 6—9 Uhr abends. Straßen werden nicht mehr beleuchtet. Die Fernorte Travemünde, Rüditz und Schlutup können überhaupt kein Gas mehr erhalten. Die Inbetriebnahme weiterer Teilen auf dem Gaswerk II erfordert längere Zeit und kann daher vorderhand kaum Erleichterung bringen.

Das Eis auf der Wakenitz ist laut Inseerat freigegeben.

## Das Werk des Kopernikus.

Von Willa Möbus.

In diesen Tagen wird das Werk des Kopernikus in unzähligen Reden und Aufsätzen gewürdigt, weil die 450jährige Wiederkehr seines Geburtstages (19. Februar 1473) dazu willkommenen Anlaß bietet. Das Werk des einzelnen kann nur im Zusammenhang mit dem gleichgerichteten Schaffen anderer verstanden werden. Keines Menschen Werk besteht für sich in einer Größe, es gibt niemanden, vor allem keinen Vorgesetzten, der die Summe aller Erfahrung ziehen könnte. So steht Kopernikus für uns, die wir einigen Abstand von ihm und seiner Zeit gewonnen haben, augenblicklich im Mittelpunkt einer geistigen Entwicklung, die von den Anfängen astronomischer Erkenntnis über ihr Hinweg zu Einheiten führt und die nun erst recht in absehbare Fernen weilt.

Ungeheure Zeit muß verstrichen, ehe der Mensch mit der Erde vertrauter wurde. Heute dünkt sich jeder Schürfer zu haben über jene Lehren des Mittelalters, die dem Augenblick folgend, die Erde als eine Scheibe betrachteten, auf der das damals bekannte Land als eine vom unendlichen Weltsee umspülte Insel ruhte und über die sich der Himmel als eine riesige Kristallkugel wölbte, an der die Sterne als Köpfe goldener Nagen prangten. Die rein geantike Konstruktion der Welt mußte gefunden und in ihrem Wert erkannt sein, um Mathematik und Astronomie zu fördern und einer besseren, wenn auch immer noch beschränkten Erkenntnis den Weg zu bahnen. Aber nur unter unzulässigen Hemmungen und nach vielen Rückschlägen haben sich die Wissenschaften entwickelt.

Schon um 300 v. Chr. eroberte die Pythagoräer die Zahl zum philosophischen Prinzip. Sie sprachen bereits von den Gestirnen als den leuchtenden Kugeln, die in zahlenmäßig bestimmten Abständen um die Sonne, den „Herz des Alls“, kreifen, und um 300 v. Chr. lehrte schon der gebildetste Aristarch die Drehung der Erde um ihre eigene Achse und um die Sonne. Hier ist also bereits die Lehre des Kopernikus, die er in seinem Werk „Von den Umdrehungen der Himmelsbahnen“ vertritt, grundlegend ausgesprochen. Wenn trotzdem die Tat des fast 1900 Jahre später lebenden Kopernikus gefeiert wird, so nur deshalb, weil sie annähernd wie eine Bekehrung aus mehr als tausendjähriger Geistesdunkelheit, in der Mythos und Übergläubigkeit die Triumphe feierten. Die Menschheit war lange nicht reifer für das Weltbild des Aristarch. Ihr auf das Geheimnisvolle eingestellten Geistesrichtungen entsprach die Weltanschauung des Aristoteles viel besser. Stille er doch die, wie nicht zu leugnen, unvollkommene Erde fest und unverwundbar in den Mittelpunkt der Welt. Für ihn war das Himmelsgewölbe, in dem die von befehl-

ten Gestirnen gelenkten Fixsterne schwebten, der vollkommenste Teil des von Einheit an bestehenden Weltgebäudes. Diese Lehre, die dem Menschen einen festen, unverwundbaren, in absoluter Ruhe sich befindlichen Wohnsitz anwies und ihn gleichzeitig zum Mittelpunkt alles Geschehens machte, wurde von dem Mathematiker, Geographen und Astronomen Claudius Ptolemäus mit großer Energie erfolgreich gegen jede andere verteidigt und die hellhörige christliche Geistlichkeit antwortete sie. Der „Heide“ Aristoteles wurde zum offiziellen Philosophen der christlichen Kirche, der jedes Mittel recht war, andere Anschauungen, die, wie sie glaubte, ihrem Bestande gefährlich werden könnten, zu unterdrücken. Jede freie wissenschaftliche Forschung wurde schließlich durch die Inquisition bedroht, und die Scheiterhaufen brannten als abschreckende Beispiele.

Daher bemühten sich die Philosophen, ihren Lehren ein christliches Mantelchen anzuhängen, oder sie hüteten ihre Werke zu ihren Lebzeiten vor unerbundenen Augen. So tat auch Kopernikus, der stille Domherr im westpreussischen Frauenburg. Er behauptete im Gegensatz zu Ptolemäus und damit auch zur christlichen Kirche, daß die Erde mit den übrigen Planeten unseres Sonnensystems sich um das Zentralgestirn drehe und daß sich nach seinen Voraussetzungen die Bahnen der Weltkörper in einfachster Weise erklären lassen, ohne daß man die komplizierten Kurven des Ptolemäus benötige. Erst nach seinem im Jahre 1543 erfolgten Tode wurde sein Werk von einem Nürnberger evangelischen Geistlichen veröffentlicht. Und nun setzte ein Jahrzehnte während Kampf ein, in dem die Namen Kepler und Galilei als Vorreiter und Begründer der neuen Theorie, der ersten Himmelslehre, hervortraten. Mit immer besseren Instrumenten ausgerüstet, fügte eine Reihe glänzender Forscher Stein auf Stein zu dem großen Bau, der in unseren Tagen durch die Relativierung von Raum und Zeit, die mit dem Namen Einstein unlosbar verbunden ist, in Höhen geführt wurde, die im Hinblick auf den noch im Mittelalter herrschenden Geist in so kurzer Zeit unerreicht erschienen.

Kann doch heute wieder von einem Umsturz des kopernikanischen Systems gesprochen werden. Wenn es auch für die Zwecke des rechnenden Astronomen vorteilhafter erscheinen mag, den kopernikanischen Standpunkt einzunehmen, so hat doch die Relativitätstheorie den souveränen Wechsel des Standpunktes, von dem die Bewegung der Himmelskörper beurteilt wird, freigemacht. Es ist also auch wissenschaftlich durchaus erlaubt, die Erde als ruhend zu betrachten, denn nach der Rechnung von Thirring treten an der als ruhend angenommenen Erde die gleichen Zentrifugalkräfte als Gravitations-Wech-

selwirkungen, hervorgerufen durch den sich drehenden Fixsternhimmel, auf, wie an der sich drehenden Erde. Damit kehren wir gleichsam zu Ptolemäus zurück, ohne jedoch das Werk des Kopernikus zu verwerfen. Der Kreis der astronomischen Erkenntnis hat sich geschlossen.

### So soll!

Friedrich Kust weert lange Jahre herder bi jan Hinweert to'n Ein as Recht weien un harr dat of jümmer god sin Schulligheit dahn, so dat sin Brocker düchtig mit em todraden weert. Gemes goben Dages amer weert Friedrich to oull lopen, un he harr den Deent verlaten, ohn Bescheid to leggen. So kem he denn lonner Saak un Paak in sin Dalkemus an. Ein Batter frag em:

„Na, Friedrich, wo lummst Du denn her?“  
 „Van Buschdorp.“  
 „Wullt Du denn nich wedder hen?“  
 „Ne.“  
 „Wat heft' denn hatt? Weert de Baar nich god to Di?“  
 „Doch, de weert god to mi.“  
 „Gewet dat nich hatt to äten?“  
 „Doch, düchtig gew't wat för'n Snabel.“  
 „Ne, worüm gungst Du denn weg? Kunnst Di mit de Fro nich verdragen?“  
 „Doch, dar kann ich mi woll mit verdragen.“  
 „Ja Du, denn legg doch blot Minschenkind, worüm Du so ferrweg un den Deent gahn büst! Du wilst doch wat hatt hebben?“  
 „Ne, if heft' nig nich hatt.“  
 „Doch, verstaak ich nich. Wat weert denn man los? Vertell doch mal.“  
 „Ja Batter, süh: Verloben Jahr wull uns'n ole Sög dobblimen. Und dar sa de Baar to mi: „Friedrich, sa he, für nah'r Stadt un hal'n Saak Solt!“ Un id för hen un hal'n Saak Solt. Un dar hewwt wie de Sög „sacht un insolt“ un denn hewwt wie de Sög äten. Un en forte to di darup wull uns'n Sög dobblimen. Un dar sa de Baar to mi: „Friedrich, sa he, för nah'r Stadt un hal'n Saak Solt!“ Un dar hewwt wie de Sög „sacht un insolt“, un denn hewwt wie he äten. Un — un güsthen, Batter, word uns' ol Grosmudder frant un woll dobblimen. Un dar sa de Baar to mi: „Friedrich, sa he, för nah'r Stadt un ...“ Dat armer hewwt id nich mehr hört, un dar büst id utweert, und nu bin id hier.“

Friedrich Wäbekindt. (Aus: Dat lustige Bök, dragsbol, Verlag M. Glagau jr., Hamburg.)

